



Bonusbeitrag zu «**Die Gemeinden gelangen an ihre Grenzen**», SKZ 18/2019

Interview in voller Länge mit Martin Gehrler

Zunehmender Bedeutungsverlust der Kirche in der Gesellschaft und steigende Kirchengaustritte – die staatskirchenrechtlichen Körperschaften sind herausgefordert. Ein Gespräch mit Martin Gehrler.

SKZ: Statistiken und Studien in Deutschland sprechen im Blick auf die Zukunft von einem massiven Einbruch der Mitgliederzahlen. In 40 Jahren könnte die Kirche nur noch halb so viele Mitglieder haben wie heute. Wie sehen die Prognosen für die Schweiz aus?

Martin Gehrler: Die Mitgliederzahlen nehmen tatsächlich ab. In den letzten Jahren traten in unserem Kanton jeweils rund ein Prozent der Katholikinnen und Katholiken aus der Kirche aus. Tendenz steigend. Die höchsten Austrittszahlen verzeichnen wir bei den 25- bis 30-Jährigen, also jenen Mitgliedern, die zum ersten Mal Steuern zahlen müssen. Mit dem Kirchengaustritt lassen sich Steuern sparen. Der Betrag ist zwar in den meisten Fällen gering, dennoch ist offenbar der ökonomische Anreiz für etliche Kirchenmitglieder Austrittsmotivation genug – auch wenn sie es nicht sagen oder zugeben. Andere haben einfach Mühe mit der katholischen Kirche als solcher, namentlich mit «Rom» und seinem Beharren auf dem Zölibat, dem Ausschluss von Frauen von Ämtern und Funktionen und vor allem auch mit den immer wieder bekannt werdenden Verfehlungen von Priestern. Es erstaunt mich deshalb nicht, dass immer mehr Menschen der Kirche – und ich meine damit die Institution – den Rücken kehren. Sie müssen deswegen nicht unreligiös sein, aber sie orientieren sich anders und suchen Halt und Orientierung nicht mehr zwingend in der Kirche. Dieser Trend dürfte anhalten, auch in der Schweiz.

Und welche Konsequenzen hat diese Entwicklung für die staatskirchenrechtlichen Körperschaften?

Ich erwarte, dass diese Entwicklung die katholische Kirche von einer Volkskirche immer mehr zu einer «Bekennerkirche» werden lässt. Zwar nehmen nach wie vor viele Katholikinnen und Katholiken das breite Engagement der Kirche wahr und befürworten dieses. Dennoch entfernen sich viele mehr und mehr von der Institution. Schon heute bilden wohl nur noch etwa 10 bis 20 Prozent der Mitglieder den eigentlichen Kern einer Kirchgemeinde. Auf die staatskirchenrechtlichen Körperschaften kommen neue

Herausforderungen zu. Die Mittel, also die Steuereingänge, werden knapper, die Kirchen leerer und viele davon wird es nicht mehr brauchen. Die Bedeutung der öffentlich-rechtlich anerkannten Landeskirchen nimmt ab und politisch wird der Ruf nach strikter Trennung von Kirche und Staat wohl lauter werden. Die staatskirchenrechtlichen Körperschaften werden gefordert bleiben.

Wie begegnet der katholische Konfessionsteil des Kantons St. Gallen heute dieser Entwicklung, um für die nahe und auch fernere Zukunft gerüstet zu sein?

Wir versuchen, den Menschen das gesellschaftliche Engagement der Kirchen besser bekannt zu machen. Wir zeigen auf, wie die Kirchensteuern verwaltet und wie sie verwendet werden. Unsere junge Kampagne «Kirchensteuern sei dank» (www.kirchensteuern-sei-dank.ch) zeigt unsere vielfältigen Aufgaben im Bereich des kirchlichen Lebens, der Diakonie, der Bildung und der Kultur auf. Wir investieren in die Jugend, unterstützen Jungwacht und Blauring sowie katholische Schulen und führen selber eine christliche Sekundar- und Realschule katholischer Prägung. Wir bilden Kirchenmusikerinnen und –musiker an der diözesanen Musikschule aus. Wir bewahren und vermitteln das kulturelle und kirchliche Erbe des Klosters St. Gallen, sind Träger der weltberühmten Stiftsbibliothek. Vor allem setzen wir Akzente in der Diakonie. So haben wir kürzlich einen Verpflichtungskredit gesprochen für die Unterstützung der stationären Sterbehospize im Kanton St. Gallen. Wir helfen damit, eine Lücke zu schliessen, die der Staat noch immer nicht geschlossen hat.

Anlass für die Studie der DBK und der EKD war die Verantwortung für die mittel- bis langfristige Planung der kirchlichen Haushalte. Bei der Vorstellung hiess es: Für die Kirchen sei es fünf vor zwölf, aber man hätte noch Zeit zu handeln.

Wie ist mittel- und längerfristig die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben und Dienste der Kirche sicherzustellen?

Das duale Prinzip der Schweiz und die öffentlich-rechtliche Anerkennung der staatskirchenrechtlichen Körperschaften helfen uns. Der Kanton weiss unsere Leistungen zu schätzen. Er weiss auch, was ihn diese Leistungen kosten würden, müsste er sie an unserer Stelle erfüllen und finanzieren. Er hat auch deshalb ein Interesse daran, die Steuergesetzgebung weiterhin so zu gestalten, dass wir über die Kirchensteuern und die zweckgebundenen Mittel für den Finanzausgleich unsere Aufgaben erfüllen können. Dennoch werden wir wegen der Kirchenaustritte und der damit verbundenen Steuerausfälle in Zukunft da und dort Prioritäten setzen müssen. Zum Glück dürfen wir nach wie vor auf viele Freiwillige zählen, die etliche Dienste in der Kirche und rund um die Kirche ehrenamtlich erfüllen.

In welchen Bereichen müssen zukünftig mehr finanzielle Ressourcen aufgewendet werden als bis anhin?

In unserer Finanzstrategie haben wir vier Schwerpunkte gebildet, die wir mit zusätzlichen Mitteln fördern wollen. Einmal wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit stärken

und mit mehr personellen Ressourcen ausstatten. Sodann wollen wir im Bereich der Diakone ansetzen und namentlich zukunftssträchtige Projekte fördern und die Zusammenarbeit mit der Caritas über eine neue Leistungsvereinbarung auf neue Beine stellen. Schliesslich richten wir das Augenmerk auf die Jugendarbeit und die Stärkung der Berufungspastoral. Und last but not least wollen wir die Kirchgemeinden finanziell entlasten, beispielsweise über eine verstärkte Mitfinanzierung der regionalen Animationsstellen für kirchliche Jugendarbeit und andere noch zu prüfende Vorhaben.

Wo sehen Sie Sparpotenzial, Optimierungsmöglichkeiten und Synergienutzungen?

Wir kommen um das Sparen und um Optimierungen nicht herum. Mit dem neuen Finanzausgleich haben wir gute Voraussetzungen geschaffen. Fehlanreize werden dadurch verhindert. Optimierungen sind vor allem auch bei den Kirchgemeinden unumgänglich. Einzelne Gemeinden können ihre Gremien nicht mehr wunschgemäss evaluieren, andere gelangen sonst an ihre Grenzen. Die Strukturen müssen und werden diesen Aspekten Rechnung tragen. Es wird zwangsläufig zu Vereinigungen von Kirchgemeinden kommen, nicht «von oben» verordnet, sondern «von unten», von der Basis her erwirkt und autonom gestaltet.

Sehen Sie Akzentverschiebungen bei den Aufgaben auf die staatskirchenrechtlichen Körperschaften zu kommen?

Ja. Zwar halten die Kirchgemeinden ihre Gemeindeautonomie hoch. Dennoch bedürfen gerade kleinere Gemeinden oft der Unterstützung unserer Administration. Wir übernehmen mehr und mehr regionale Aufgaben, nicht, weil wir das suchen, sondern weil wir damit die Kirchgemeinden entlasten können. Der neue Finanzausgleich gibt uns für solche Aufgaben die notwendigen Mittel in die Hand. Ich denke zum Beispiel an die Spezialseelsorge und die Wahrnehmung des Datenschutzes.

Sie stellen sich Ende Jahr nicht mehr zur Wiederwahl. Was möchten Sie dem neuen Präsidenten, der neuen Präsidentin mit auf den Weg geben?

Ich habe meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger keine Ratschläge zu erteilen. Für die interessante und anspruchsvolle Aufgabe ist es aber sicher nützlich, wenn man die Kirche und v. a. die Menschen, die sich für die Kirche und das duale Prinzip einsetzen, gern hat.

Maria Hässig

Martin Gehrer (Jg. 1957) war von 2008 bis 2016 Regierungsrat des Kantons St. Gallen und ist seit 2016 bis Ende 2019 Administrationsratspräsident des katholischen Konfessionsteils des Kantons St. Gallen.